

Tagesordnung III Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 08.07.2004

Vorlage Nr. 04-F-06-0010

Keine Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst

- Antrag des Fraktionsstatusinhaber Linke Liste vom 13.05.2004 -

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03.06.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden appelliert an die hessische Landesregierung, den Austritt des Landes Hessen aus der Tarifgemeinschaft der Länder rückgängig zu machen und die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Landes auf 42 Stunden zurückzunehmen.
 2. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die von der hessischen Landesregierung beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter des Landes ab.
 3. Als Mitglied der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber spricht sich die Landeshauptstadt Wiesbaden gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit kommunaler Bediensteter sowie gegen Kürzungen des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes und andere Tarifverschlechterungen aus.
-

Beschluss Nr. 0432

Der Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 13.05.2004 betr.

Keine Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst

wird abgelehnt.

(Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 30.06.2004 BP 0325)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 07.2004
im Auftrag

Bohlmann

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden,
im Auftrag

.07.2004

Dezernat V
Gesamtpersonalrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Zieren-Hesse